

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	243
		<b>TOP:</b>	1
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	14.07.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Hausiel (ASW), Frau Meinerling (Büro Planbarhochdrei), Herr Zügel (LiegA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Stuttgart-Vaihingen, "AufentHaltestelle Zukunft": Entwicklung der Flächen am Bahnhof Vaihingen, Beteiligungskonzept für 2020 - mündlicher Bericht ... (vollständiger Betreff siehe unten)</b>		

Da aus technischen Gründen der Betreff nicht in ganzer Länge im oberen Feld wiedergegeben werden kann, wird er hier vollständig aufgeführt:

**Betreff: Stuttgart-Vaihingen, "AufentHaltestelle Zukunft": Entwicklung der Flächen am Bahnhof Vaihingen, Beteiligungskonzept für 2020 - mündlicher Bericht "Ehemalige Logistikhalle am Bahnhof Vaihingen nicht vorschnell abreißen"**  
**- Antrag Nr. 257/2020 vom 25.06.2020 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)**  
**"Ehemalige Logistikhalle am Vaihinger Bahnhof erhalten"**  
**- Antrag Nr. 265/2020 vom 29.06.2020 (90/GRÜNE)**

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 30.06.2020, öffentlich, Nr. 207  
Ergebnis: Vertagung

Die im Betreff genannten Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Der Antrag Nr. 278/2020 vom 06.07.2020 (PULS, CDU) ist ebenfalls dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Herr Hausiel (ASW) berichtet im Sinne der Präsentation (Folien 1 - 7) und erklärt, das neue städtebauliche Konzept solle unter Einbeziehung eines Planungs- und Beteiligungsprozesses erlangt werden. Dazu sei das externe Planungsbüro Planbar hochdrei beauftragt worden. Er benennt zunächst die Rahmenbedingungen für das Projekt. So seien im südlichen Bereich ein Mobilitätszentrum, im zentralen Bereich urbane Freiflächen und im nördlichen Bereich bauliche Nutzungen (z. B. für kulturellen oder Gemeinbedarf) denkbar. Außerdem müssten die Unterführungen neu gestaltet werden. Er erklärt, die Flächen von rund 3,4 ha befänden sich fast ausschließlich im Besitz der Stadt. Aufgrund von Interimsnutzungen stünden für den Beteiligungsprozess aktuell jedoch nicht alle Flächen zur Verfügung. Dies bedeute, dass die Flächenverfügbarkeit im Laufe der Zeit zunehmen werde (Folie 3). Der Referent fügt hinzu, dass die Vernetzung des Bahnhofes Vaihingen Bestandteil der IBA 2027 sein werde. Abschließend erläutert er die vorliegenden Anträge aus Bezirksbeirat und Gemeinderat (Folien 5 - 7).

Der Beteiligungsprozess wird von Frau Meinerling (Büro Planbar hochdrei) vorgestellt (Folien 8 - 23). Sie betont, der Prozess werde kein einfacher werden, da viele Akteure mit unterschiedlichen Interessen daran beteiligt seien. Ziel sei das Entwerfen eines Quartiers mit Vorbildcharakter. Im Herbst sollten dazu "Leitplanken" mit der Vaihinger Bürgerschaft formuliert werden (Folie 10). Wichtig sei das Anstoßen von temporären Nutzungen auf dem Gelände, die sich nach dem Beteiligungsprozess etablieren und weiterentwickeln könnten. Hier rücke die Logistikhalle in den Blickpunkt, die die Möglichkeit verschiedener Nutzungen biete. Sie erläutert die ursprüngliche Planung von Veranstaltungen (Folien 12 und 13), von denen einige aufgrund der Corona-Krise nicht hätten stattfinden können. Möglichkeiten der Beteiligung seien Planungsgruppen (24 Personen, davon 12 geladene Mitglieder/Experten, 6 Zufallsauswahl der Vaihinger Einwohner, 6 freie Bewerbungen, Folie 15). Drei Planungsgruppen stünden zur Verfügung, diese seien Energie/Umwelt, Grün/Freiraum und Nutzung/Gestaltung. Um mehr Bürgern und Akteuren die Beteiligung zu ermöglichen, werde es offene Formate auf dem Gelände geben (Folie 16). Hinzu kämen Sonderformate wie ein Filmwettbewerb, Live-Interviews und Foren/Umfragen auf [www.stuttgart-meine-stadt.de](http://www.stuttgart-meine-stadt.de). Geplant sei das Arbeiten im Stadtbausystem (Folie 18). Zur Zeitschiene erklärt sie, die Leitplanken würden durch Themen-, städtebauliche und Akteursanalyse gespeist. Alle Anregungen aus der Bürgerschaft und von den Akteuren flössen mit ein. Wenn ein Entwurf zu den Leitplanken bestehe, werde dieser in einem großen Format (Space Camp, geplant für Herbst 2020) diskutiert (Folie 19).

StRin Schiener (90/GRÜNE) dankt für den Vortrag und erklärt, es gebe auf dem Gelände viele Überschneidungen, speziell durch die Interimsnutzungen. Da es bereits eine Beteiligung auf dem Gelände gegeben habe, sei es wichtig, alle Bürger/-innen mitzunehmen. Der Kauf des Aurelis-Areals vereinfache vieles, denn dadurch ergebe sich mehr Spielraum. Sie bitte darum, die Möglichkeiten noch bildhafter darzustellen. Die Stadträtin spricht die Logistikhalle an, deren Erhalt dem Bezirksbeirat sehr wichtig sei. Zudem hinterfragt sie den baulichen Zustand sowie die Möglichkeit zur Einbindung der Halle in das Konzept. Nicht vergessen werden dürfe die Seilbahn, für die ein Standort in diesem Bereich nötig sei. Dem Planungsbüro müsse die Machbarkeitsstudie zur Verfü-

gung gestellt werden. Abschließend spricht sie die beiden Unterführungen an, die besser zugänglich gemacht werden müssten.

Neben dem Dank für den Vortrag äußert StR Dr. Vetter (CDU) große Zustimmung zu den Potenzialen des Projektes. Die Aufnahme in das IBA-Netz habe Ausstrahlungseffekte über die Region aus, auch für die Arbeit der Planungsgruppe. Er begrüßt die Umsetzung der Bürgerbeteiligungsforen, die trotz Corona möglich gemacht würden. Weitere Zustimmung äußert er zum einstimmig beschlossenen Antrag des Bezirksbeirates zum Erhalt der Logistikhalle. Zu den Planungsgruppen stellt er die Frage, wie die Zufallsauswahl von sechs Personen stattfinden und wer gegebenenfalls nachrücken werde.

Die Einbindung des Beteiligungsprozesses in die Gesamtentscheidung spricht StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) an. Das Gelände habe eine lange Vorgeschichte, und die Rahmenbedingungen seien sehr komplex. Es sei unbefriedigend, Bürger für ein Projekt zu begeistern und zur Teilnahme zu bewegen und dann keine Umsetzung zu gewährleisten, weil die Zeiträume nicht klar seien. Um Verbindlichkeit zu garantieren, werde ein größerer Entwurf des Prozesses benötigt, in den weitere Schritte (weitere Beschlüsse, Wettbewerbsverfahren etc.) "eingetaktet" würden. Er möchte wissen, ob aufgrund des interfraktionellen Antrages der Erhalt der Logistikhalle nun gesetzt sei. Des Weiteren wolle der Bezirksbeirat Vaihingen an die Idee des grünen Bandes anknüpfen und zusätzliche Bebauung ablehnen. Die Fläche sei den Bürgern als Klimaausgleichs- und Erholungsfläche im Gegenzug für die gewerbliche Bebauung im Bezirk versprochen worden. Auch hier stelle sich die Frage, wie damit umgegangen werde. Aus seiner Sicht sei dies eine ebenso gesetzte Leitplanke wie die Logistikhalle.

Die Zielorientiert- und Ergebnisoffenheit des Prozesses begrüßt StRin Kletzin (SPD). Dies sei Verpflichtung des Gemeinderates gegenüber einer Bürgerbeteiligung. Diesem Motto entspreche die temporäre Einbeziehung der Logistikhalle. Zur Auswahl der Planungsgruppen möchte sie wissen, wie Gruppen, die nicht von sich aus aktiv seien, in die Planung miteinbezogen werden können. Ebenso müssten Jugendliche stärker angesprochen werden. Das IBA-Projekt sei Auftrag, bei der Planungsbeteiligung nach neuen Wegen zu suchen.

Zur Kritik von StRin Kletzin, es gebe in Stuttgart im Vergleich zur Region nur wenig IBA-Projekte, erklärt StR Serwani (FDP), der IBA-Aufsichtsrat behandle zahlreiche Projekte. Es sei erfreulich, dass das Gelände in Vaihingen mitaufgenommen werde. Der Frage nach der Auswahl der Personen schließt sich der Stadtrat an. Dem Erhalt der Logistikhalle sowie der Einrichtung von Erholungsflächen könne er zustimmen. Die Führung der Gäubahn erschwere die aktuelle Planung.

Für StR Zeeb (FW) stellt sich das Projekt als sehr komplex und schwierig dar. Die wissenschaftliche Begleitung einer Bürgerbeteiligung sei "gut und richtig", er bitte jedoch darum, den Gebrauch des Modewortes "Formate" nicht zu übertreiben. Gegenüber den Bürgern dürften keine Erwartungen gefördert werden, die aus bau- oder planungsrechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden könnten. An StR Rockenbauch gerichtet merkt er an, Erholungsflächen an einem wichtigen Knotenpunkt in Stuttgart müssten mit Ladengeschäften aufgewertet werden. Er bittet um einen Überblick zum Stand bei den Unterführungen.

Zustimmung zu den präsentierten Planungen äußert StR Goller (AfD). Er hinterfragt die Zufallsauswahl der Personen. Alternativ könnte aus jeder Identitätsgruppe eine Person ausgewählt werden. Die angestrebte Ergebnisoffenheit sei durch die Anträge bezüglich der Logistikhalle nicht mehr gegeben. Grünflächen seien zu begrüßen, es müsse jedoch die Möglichkeit erhalten bleiben, diese zum Beispiel durch Ladengeschäfte aufzuwerten. Die Auswirkung der Fläche auf den Klimaschutz halte er eher für gering. Er möchte wissen, wie der Begriff der resilienten Strukturen genauer definiert werde. Kritisch sieht er den parallelen Ablauf von Gestaltungsprozessen und Veranstaltungen; möglicherweise seien hier nicht genügend Kapazitäten bei den beteiligten Personen vorhanden. Für alle Teilbereiche werde eine Gesamtplanung benötigt, die von der Stadtverwaltung eingerichtet werden müsse.

Die Vielzahl der Formate, so StRin Köngeter (PULS), ermögliche eine breite Bürgerbeteiligung. Sie bittet um Mitteilung der Bewerbungsfrist für die Teilnehmer. Die Auswahl von Zufallsteilnehmern begrüßt die Stadträtin. Die Arbeit in den drei genannten Gruppen bedinge sich gegenseitig. Sie wolle wissen, wie der Austausch zwischen den Gruppen statfinde. Das Einbeziehen der Grünfläche in die Planung sei richtig. Sie vertraue darauf, dass die Beteiligten diesen Punkt in die Arbeit einbringen werden. Eine Festbeschreibung sei daher nicht unbedingt nötig. Wenn die Rahmenbedingungen klar definiert würden, könne der Prozess so offen wie möglich gehalten werden.

Zur Frage der Zusammensetzung der Planungsgruppen betont Frau Meinerling, diese seien nur ein Bestandteil der gesamten Beteiligung. Es handle sich hier keinesfalls um einen "Closed Shop". Es sei notwendig, einen Personenkreis zu finden, der über einen längeren Zeitraum mitarbeite. Dies sei in einer offenen Beteiligung meist nicht zu erreichen. Neben diesem Teil gebe es zusätzlich offene Formate "live auf der Fläche" und offene digitale Formate. Sie erklärt, die drei Planungsgruppen bestünden aus jeweils 24 Personen, wovon sich zwölf Personen bereits gut mit den Themen auskennen. Neben Mitarbeitern der Verwaltung seien dies weitere Experten der Universität und aus der Region. Von den weiteren zwölf Personen stammten sechs Personen aus einer Zufallsauswahl der Einwohner. Geclustert werde nach Alter, Geschlecht und Einkommen. Aus diesen Gruppen werde dann ausgelost. Falls ein Teilnehmer nicht teilnehmen wolle, stehe eine zweite Zufallsauswahl zur Verfügung. Weitere sechs Personen könnten sich freiwillig bewerben. Der Zeitpunkt der Bewerbung werde in den Sommerferien bis in den Herbst hinein möglich sei. In einem ersten Space Camp im Herbst würden alle Planungsgruppen sowie die Bürger und Akteure zusammenkommen.

Zum Stand der Machbarkeitsuntersuchungen zu den Unterführungen nimmt Herr Hausiel Stellung. Zwei Angebotsabfragen dazu befänden sich in der verwaltungsinternen Abstimmung. Es gehe in der nördlichen Unterführung um eine bauliche Verlängerung und in der südlichen um eine Kürzung. Hier solle ein Gutachter Varianten vorschlagen, wie zum Beispiel Teilrückbau, vollständiger Rückbau etc. Bezüglich der Seilbahn sei eine Machbarkeitsuntersuchung bereits beauftragt. Er gehe davon aus, dass im kommenden Halbjahr dazu ein Zwischenbericht erfolge. Entscheidend seien die Streckenverläufe (Eiermann-Campus - Bahnhof Vaihingen: Endstation im Bereich des Busbahnhofs oder weiterer Verlauf Richtung SynergiePark: Querung der Bahngleise im Bereich der südlichen Unterführung/Mobilitäts-Hub). Dies werde den Bürgern entsprechend kommuniziert.

In der Frage der Motivation von Jugendlichen verweist Frau Meinerling auf die Akteursanalyse. Für den SynergiePark und den Vaihinger Ortskern sei geprüft worden,

wer dort ansässig sei. Mit Schlüsselpersonen (z. B. Lebenshilfe, mobile Jugendarbeit, evangelische Jugend etc.) seien Gespräche geführt worden. Man wolle viele Gruppen für die Beteiligung und letztendlich auch die Nutzung der Fläche gewinnen. Anhand Folie 13 der Präsentation erläutert sie die Arbeitsweise der Planungsgruppen, die getrennt arbeiteten, aber regelmäßig zum Austausch zusammenkämen. Darüber hinaus gebe es weitere Arbeitsgemeinschaften (Synergiewerkstatt, Mobilitätszentrum), die ebenfalls berücksichtigt werden müssten. Gegenüber StR Rockenbauch merkt sie an, in den Schlüsselgesprächen hätten sich nicht alle Gesprächspartner für ausschließliche Grünflächen ausgesprochen, sondern es sei für eine Fläche für Freizeit und Kultur plädiert worden. Ähnlich sei dies auch im Bezirksbeirat erfolgt. Beispielsweise sei der Wunsch nach einem großen Biergarten geäußert worden, der eine bauliche Veränderung erforderlich mache. Wie sich die Fläche letztendlich zusammensetze, müsse der Beteiligungsprozess hervorbringen.

Zur Frage des weiteren Planungsprozesses nach der Beteiligung erklärt Herr Hausiel, es sei wichtig, dass ein Gesamtplan in Abstimmung mit der Verkehrsabteilung, dem Mobilitäts-Hub und der hausinternen Sanierungsabteilung vorliege. Für den Bahnhof Vaihingen liege jedoch ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan Arrondierung Wallgraben-West (Aurelius-Fläche) vor. Dazu werde es entweder eine Fortführungsentscheidung geben oder das Verfahren werde aufgehoben und mit neuen Zielen nochmals in das Bebauungsverfahren hineingegangen. So könnten die rechtlichen Voraussetzungen für ein Bauvorhaben geschaffen werden.

Die Frage nach den Unterführungen greift StR Zeeb erneut auf. Dazu habe es bereits gute Pläne gegeben und nun werde erneut überplant. Dies sei nicht nachvollziehbar.

StR Goller verweist auf die Ergebnisoffenheit des Prozesses. Eine reine Grünfläche sei offensichtlich nicht gewünscht. Für die Kommunikation der Bürgerbeteiligung regt er an, fremdsprachliche oder fremdwortbasierte Wörter einfacher zu formulieren. Als Beispiel nennt er "Mobility-Hub" und "resiliente Strukturen".

Auf den interfraktionellen Antrag des Bezirksbeirates verweist StR Rockenbauch. Dieser fordere keine weitere Bebauung, aber Freizeit- und Grünflächen. Es gebe einen deutlichen Wunsch von Mehrheiten vor Ort, die berücksichtigt werden müssten. Bürger arbeiteten lieber unter Klarheit als unter angeblicher Ergebnisoffenheit, die eigentlich keine mehr sei. Es müsse heute entschieden werden, ob die Fläche von Bebauung freigehalten und die Logistikhalle erhalten bleibe. Zudem müsse die Stadtverwaltung gegenüber den Bürgern darstellen, welche weiteren formalen Schritte nach dem Beteiligungsprozess folgten.

StR Körner stellt klar, dass heute über das Beteiligungskonzept beraten werde. Es sei für das Planungsbüro wichtig, Rahmenbedingungen für das weitere Vorgehen zu bekommen. Dazu erbitte er einen Vorschlag der Verwaltung. Es sei nicht klar, welche Frage heute entschieden werden müsse.

Seinen Dank über die ausführliche Beratung zu diesem Thema bringt BV Jehlemungenast (Vaihingen) zum Ausdruck. Er bestätigt die lange Vorgeschichte des Areals, die die Vaihinger Bürger/-innen als "Rucksack" mitnehmen. Der Beteiligungsprozess müsse ernstgenommen werden. Es sei fatal, alle Akteure abzufragen und hinterher etwas anderes umzusetzen. Das vorgestellte Konzept der Beteiligung habe der Bezirksbeirat für gut befunden. Es gebe zahlreiche Begehrlichkeiten und Ideen für das Areal.

Daher habe der Bezirksbeirat beantragt, den Bereich vorerst unangetastet zu halten, um die Beteiligung abzuwarten. Die Logistikhalle solle zunächst für eine Interimsnutzung bestehen bleiben und der Zustand geprüft werden. Heute erfolge eine erneute Beratung im Bezirksbeirat aufgrund eines Antrages fast aller Fraktionen, in dem eine Behandlung lediglich von Grün- und Freizeitflächen gefordert werde. Darin seien beispielsweise ein Biergarten oder eine Kulturfläche stadtplanungsrechtlich nicht möglich. Eine intensive Textarbeit im Bezirksbeirat werde die Intention des Antrages verdeutlichen.

BM Pätzold erklärt, wenn der Bezirksbeirat in seiner heutigen Sitzung Rahmenbedingungen festlege, müsse eine erneute Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik darüber erfolgen, wie die Beteiligung auf den Weg gebracht werde. Ziel sei es, offen in die Beteiligung zu starten. 2018 seien ein Rahmenplan und erste konzeptionelle Überlegungen vorgestellt worden. Darin sei der zentrale Bereich Grünfläche gewesen, der nördliche hätte bebaut werden können. Drei Fraktionen hätten dafür eine Schule vorgeschlagen. Der untere Bereich sei bereits für Mobilität vorgesehen gewesen. Das Thema der Unterführungen liege auf Eis, weil die Planung in Zusammenhang mit einem Gebäude gestanden habe, das heute obsolet sei. Man richte sich nun auf die neue Rahmenbedingung des Regionalhaltes ein. Er schlägt vor, offen in den Prozess und die Diskussion einzusteigen. Ziel sei ein konkreter Vorschlag zur Nutzung des Geländes. Darüber werde dann in Ausschuss und Bezirksbeirat informiert. Die Politik entscheide, ob sie diesem Vorschlag folgen wolle oder nicht. Die weiteren Schritte orientierten sich an den Forderungen. Eventuell gebe es Planungsprozesse und Wettbewerbe. Er verweist auf den Aufstellungsbeschluss, der sich jedoch ändern werde, weil das Ergebnis abzuwarten sei. Eine klare Empfehlung zur Nutzung sei wichtig.

Für StRin Köngeter gibt es keinen Widerspruch zwischen den derzeit diskutierten Möglichkeiten. Sie verstehe den Bezirksbeirat dahingehend, dass dieser keine gewerbliche Nutzung für das Gelände wünsche. Ein Biergarten benötige aber auf jeden Fall eine Bebauung. Es sei denkbar, dass der Bezirksbeirat auch für kleinere Kulturbauten offen sei. Eine reine Außenfläche sei im Winter schlecht nutzbar. Eine Entscheidung könne aus ihrer Sicht erst nach der Sitzung des Bezirksbeirates erfolgen. Sie schlage vor, der Beteiligung eine Beratung über Bebauung zu ermöglichen, sonst gingen zahlreiche Ideen verloren.

An die Ausführungen von BV Jehle-Mungenast schließt StR Dr. Vetter an. Ebenso wie der Ausschuss müsse sich der Bezirksbeirat an die Überlegungen der Bürgerbeteiligung halten. Eine finale Entscheidung werde zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die zu einem früheren Zeitpunkt aufgebrachte Idee eines Studierendenwohnheims könne auch ein Ergebnis der Bürgerbeteiligung sein. Diesem wolle er nicht vorgreifen. Der Prozess solle ergebnisoffen ablaufen und dann baurechtlich überprüft werden.

Heute dürfe auf keinen Fall Bebauung verhindert werden, so StR Goller.

Die Offenheit des Prozesses ist für StRin Schiener wichtig. Unabdingbare Rahmenbedingungen müssten festgelegt werden. Dazu gehörten beispielsweise die beiden Unterführungen. Wenn ausschließlich eine Grünfläche und keine Bebauung möglich sei, werde die Bürgerbeteiligung obsolet.

Der Vorsitzende betont den Vorschlag einer offenen Diskussion. Er gehe davon aus, dass mit Bebauung eine dichte Bebauung gemeint sei. Wenn Freizeitanlagen geplant

würden, sei klar, dass dazu Ergänzungsbauten notwendig würden. Er kündigt eine nochmalige Berichterstattung zu den Ergebnissen des Bezirksbeirates Vaihingen vor der Sommerpause an. Gegenüber StRin Kletzin verweist er auf die Sitzung des IBA-Aufsichtsrates. Stuttgart habe einen nicht unerheblichen Anteil an IBA-Projekten.

Zur Logistikhalle nimmt Herr Zügel (LiegA) Stellung. Nach Erwerb bestehe der Auftrag, diese abzureißen. Das Hochbauamt bereite einen dementsprechenden Antrag vor. Er nehme mit, dass eine Information zum baulichen Zustand gewünscht werde. Dazu erfolge Berichterstattung. BM Pätzold ergänzt, die Entscheidung über einen Abbruch sei im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen zu treffen.

Dieser Aussage kann StRin Schiener nicht zustimmen. Die Fraktionen hätten eine Behandlung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beantragt. Den baulichen Zustand könne nicht der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen beurteilen.

Rein formal gesehen, so BM Pätzold, liege die Zuständigkeit für Liegenschaften im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik könne keinen Beschluss zum Erhalt fassen. Herr Zügel werde die angefragten Informationen zusammentragen und im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen darstellen. Es gebe den Wunsch, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung noch keine Entscheidung über die Halle getroffen werden solle. Er betont, es handle es sich um eine einfache Lagerhalle. Jegliche kulturelle Nutzung oder Einbauten führten dazu, andere Aspekte wie Brandschutz berücksichtigen zu müssen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt der Vorsitzende fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / pö

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
Amt für Umweltschutz  
Baurechtsamt (2)  
weg. STA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
  2. OB/82
  3. S/OB  
Strategische Planung  
S/OB-Mobil
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  5. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  6. Referat T  
Hochbauamt (2)  
Tiefbauamt (2)  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
  7. BezA Vaihingen
  8. Rechnungsprüfungsamt
  9. L/OB-K
  10. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS